



IHK Braunschweig



Außenwirtschaft aktuell

03/2024

Seminare	3
Incoterms®2020: Anwendung im Tagesgeschäft, 12. März	3
Lieferantenerklärungen, 13. März	3
Seminar Ursprungszeugnis: Hintergrund und Antragstellung, 20. März.....	4
Zoll, Außenwirtschaft und Umsatzsteuer in der Praxis, 21. März.....	4
Zollorganisation und Compliance, 28. März	5
Veranstaltungen / Unternehmerreisen	6
Deutsch-israelischer Wirtschaftsaustausch online, 4. April	6
Ländersprechtage Kanada online, 09. April	6
Ländersprechtage Brasilien, 10. April	6
Delegationsreise nach Rumänien, 15. – 17. April.....	7
Dritter Bremer Exportkontrolltag der HK Bremen, 18. April	7
Niedersächsischer Außenwirtschaftstag 2024, 24. April	7
Wirtschaftsdelegationsreise nach China mit dem niedersächsischen MP Stephan Weil, 26. Mai bis 1. Juni ..	8
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	8
Algerien: Einfuhrverbot für Marmor und Porzellan	8
Brasilien: Verlängerung des „Ex-Tarifário“-Regimes.....	8
China: Veröffentlichung der 2024 anwendbaren Zollsätze	9
China: Veröffentlichung der Ausfuhrlicenzen 2024	9
China: Veröffentlichung der Einfuhrlicenzen 2024	9
China: Automatisierte Importlicenzen 2024	9
Dubai: Einfuhrbeschränkungen für Einwegprodukte	9
EU: Auslaufüberprüfung von Antidumpingmaßnahmen zu Gütern mit Ursprung in China	10
EU: Einführung/Verlängerung von Antidumpingmaßnahmen für Wulstflachprofile/Glasfasergewebe	10
EU: Einreihungsentscheidung für Nisin und Luftreifen aus Kautschuk	10
EU: Fristverlängerung für die erste Abgabe des CBAM-Berichts.....	10
EU: No-Russia-Klausel in Verkaufsverträgen	11
Ghana: Steuer- und Zollmaßnahmen für 2024	11
Marokko: Aufhebung einer Notwendigkeit der Einfuhrlicenz für Gebrauchsgüter	12
Sambia: Veröffentlichung der jährlichen Zoll- und Steueränderungen	12
Südafrika: Umsetzung der afrikanischen Freihandelszone	12
Tunesien: Änderung der Einfuhrabgaben aufgrund eines neuen Finanzgesetzes	13
Vereinigte Staaten: Antidumpingzölle auf deutsche Zinnwalzprodukte aufgehoben	13
WTO: Ministerialerklärung zur Kunststoffverschmutzung	13
Ländernotizen	14

China: Nachhaltigkeitsaspekt verändert Kooperation mit Deutschland	14
Deutschland: Exportinitiative Gesundheitswirtschaft unterstützt Exportgeschäft	14
Deutschland: Exporte nach Afrika auf Rekordniveau	14
EU: 10 Milliarden Euro für Transportinfrastruktur in Zentralasien	14
Indien: Land plant Steigerung der Infrastrukturausgaben um 11 Prozent	15
Indonesien: Deutsche Exporte um 14,3 Prozent gestiegen	15
Israel: Krieg beeinträchtigt Hafenwirtschaft	15
Israel: Ratingagentur Moody's stuft Kreditwürdigkeit des Landes herab	15
Japan: Außenhandel im leichten Wachstum	16
Libanon: Politische und wirtschaftliche Neuausrichtung des Landes unklar	16
Marokko: Ausbau der Luft- und Raumfahrtindustrie	16
Polen: Expansionskurs der Seehäfen an der Ostsee	16
Saudi-Arabien: Land plant Privatisierung des Abwassersektors.....	17
Türkei: Restriktivere Geldpolitik zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise.....	17
USA: Ausbau der LNG-Exportinfrastruktur	17
Usbekistan: Investitionen in den Textilsektor	18
Vereinigte Arabische Emirate: Wirtschaftsplan zur Verdopplung des Wachstums in Dubai	18
Veröffentlichungen	18
Jahresbericht der GTAI zum Fortschritt der chinesischen Belt and Road Initiative.....	18
Verschiedenes	19
Förderprogramm ImpactConnect für Engagement in Schwellen- und Entwicklungsländern.....	19

Seminare

Incoterms®2020: Anwendung im Tagesgeschäft, 12. März

IHK Braunschweig, 08:00 – 16:00 Uhr; 325,00 €

Die Incoterms® (International Commercial Terms) sind international anerkannt und im Außenhandel von großer Bedeutung. Die Klauseln werden in 90% aller internationalen Kaufverträge verwendet. Sie regeln die Rechte und Pflichten von Käufern und Verkäufere im internationalen Handel: Dazu gehören der Übergang einer Ware an den Käufer, aber auch Transportkosten, die Haftung für Verlust und Beschädigung der Ware, die Versicherungskosten, aber Fragen rund um das Thema Zollabwicklung und Umsatzsteuern. Auch die neue zollrechtliche Definition des „Ausführers“ kann entscheidend durch die richtige Wahl des Incoterms® 2020 beeinflusst werden. Weiterhin ist im Reihengeschäft (z.B. Dreiecksgeschäft) die Frage der Transportbeauftragung – ebenfalls Bestandteil der Incoterms® 2020 Regelungen – von entscheidender, umsatzsteuerlicher Bedeutung bei der Rechnungsstellung.

Inhalte am Vormittag:

- Grundlagen und Einführung in das Regelbuch
- Überblick der Änderungen
- Gruppen der Incoterms
- Incoterms im Detail: EXW, FCA, CPT, CIP, DAP, DPU, DDP
- Klauseln für den See- und Binnenschiffstransport

Ergänzende Inhalte am Nachmittag:

- Incoterms vs. gesetzliche Bestimmungen des Kaufrechts
- Anwendung und zollrechtliche Relevanz der Incoterms
- Praxisfragen

Zur Anmeldung geht es [hier](#).

Lieferantenerklärungen, 13. März

IHK Braunschweig, 09:00 – 16:30 Uhr, 300,00€

Die präferenzrechtlichen Vorschriften bezüglich der Lieferantenerklärungen führen bei vielen Wirtschaftsbeteiligten zu Unsicherheiten. Dieses Seminar soll die Hintergründe und Regelungen, die bei der Anforderung, Erstellung und Kontrolle von Lieferantenerklärungen beachtet werden müssen, erläutern. Ausgewählte Beispiele aus der Praxis ergänzen dieses Seminar.

Lieferantenerklärungen:

- Mit und ohne Präferenzursprung
- Einzel- und Langzeit-Lieferantenerklärung
- Formale Anforderungen für die Ausstellung
- Prüfungsmöglichkeiten (Auskunftsblatt INF.4)

Einführung in die Präferenzursprungsregelungen:

- Präferenzabkommen der Europäischen Gemeinschaft/Union
- Präferenzrechtliche Ursprungsregeln
- Kumulierungsbestimmungen (Bilaterale und Multilaterale Kumulation)
- Die Kumulierung mit den Mittelmeerländern
- Besonderheiten

Das Seminar richtet sich an Sachbearbeiter/innen und Mitarbeiter/innen, die Lieferantenerklärungen erstellen, anfordern und kontrollieren bzw. dafür Verantwortung tragen sowie deren Vorgesetzte.

Zur Anmeldung geht es [hier](#).

Seminar Ursprungszeugnis: Hintergrund und Antragstellung, 20. März

IHK Braunschweig, 15:00 – 16:30 Uhr, kostenfrei

Die Beantragung eines Ursprungszeugnisses ist bei vielen Exportvorgängen unverzichtbarer Bestandteil des Prozesses. Doch wozu dient das Ursprungszeugnis eigentlich und wie wird der Antrag korrekt ausgefüllt? Im kostenlosen Seminar „Ursprungszeugnis: Hintergrund und Antragstellung“ klärt das Team der Außenwirtschaft der IHK Braunschweig diese Fragen und führt Sie Schritt für Schritt durch die Antragstellung.

Die Kursinhalte im Überblick

- Einführung in das nichtpräferenzielle Ursprungsrecht
- Formelle Vorschriften für Ursprungszeugnisse
- Elektronische Beantragung von Ursprungszeugnissen
- Bestimmung des Warenursprungs / Ursprungsnachweise

Zur Anmeldung geht es [hier](#).

Zoll, Außenwirtschaft und Umsatzsteuer in der Praxis, 21. März

IHK Braunschweig, 08:00 – 16:00 Uhr, 325,00 €

Durch die vielen Veränderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht, beispielsweise die ständigen Änderungen in den elektronischen Zollanmeldeverfahren (ATLAS, EMCS sowie NCTS), werden die Anforderungen an die Zollverantwortlichen in den Unternehmen immer anspruchsvoller.

Permanente Anpassungen im Exportkontroll- und Umsatzsteuerrecht kommen noch hinzu und binden auch bei den erfahrenen Mitarbeitenden heute deutlich mehr Arbeitsressourcen als noch vor einigen Jahren.

Durch die praxisnahe Konzeption dieses Workshops, die Möglichkeit der (auch anonymisierten) Einreichung von aktuellen Praxisfällen zur gemeinsamen Bearbeitung und die ergänzenden aktuellen Informationen des Referenten ist dieser Workshop ein Mehrwert für jeden Zollverantwortlichen oder Sachbearbeiter mit erster einschlägiger Berufserfahrung. Lernen aus und für die Praxis.

Inhalte (jederzeit flexibel auf die Teilnehmerwünsche anpassbar):

- Zollrecht
- Compliance (Exportkontrolle)
- Umsatzsteuer
- Organisation

Zur Anmeldung geht es [hier](#).

Zollorganisation und Compliance, 28. März

IHK Braunschweig, 09:00 – 17:00 Uhr, 400,00 €

In den hochkomplexen und international verwobenen Lieferketten deutscher Unternehmen sind die Anforderungen an das im Bereich Zoll und Exportkontrolle arbeitende Personal durch zollrechtliche Bestimmungen und Bewilligungen hoch und erfordern regelmäßige Weiterbildungsmaßnahmen. Die Ausführungsverantwortlichen - Vorstände und Geschäftsführer - im Unternehmen haften persönlich für Verstöße gegen das Außenwirtschaftsrecht, die aus organisatorischen Defiziten des Unternehmens resultieren. Diese Haftung kann nicht delegiert werden und aktuelle Urteile belegen, dass Unkenntnis nicht vor Strafe schützt und die Haftung für Compliance von Behörden und Gerichten sehr weit verstanden wird.

Daher sind ein Risikomanagement, eine funktionierende Zollorganisation und die Sicherung der innerbetrieblichen Exportkontrolle unerlässlich. Wege, diese Haftung zu reduzieren und welche ersten Schritte beim Aufbau einer Zollorganisation notwendig sind, skizziert der Zoll- und Exportkontrollspezialist Herr Thorsten Goebel insbesondere so, dass sie auch für kleine und mittelständische Unternehmen anzuwenden sind.

Seminarinhalte:

I. Einleitung

- Aktuelle Anforderungen an die Zollabteilung, Schnittstellen
- Rechtsprechung zur Organisationspflicht
- Rechtsgrundlagen & Begriffsbestimmungen, wie Compliance, Risiko (nach Art. 5 Nr. 7 UZK)
- Risikomanagement (Art. 5 Nr. 25 UZK), IKS gemäß Bewilligungsvorgaben (AEO, EA, etc.) etc.

II. Organisation im Unternehmen

- Aufbauorganisation einer Zollabteilung
 - Verantwortlichkeiten in einem Unternehmen
 - Rollenverteilung handelnder Personen
- Ablauforganisation
 - Prozesse, Prozessbeschreibungen
 - Ordnungsrahmen, Verbindlichmachung von Prozessen
 - Aufbau Kennzahlen und Kennzahlensystem
 - Aufbau Internes Kontrollsystem (IKS – nachgelagert)
 - Reporting an die Unternehmensleitung / Enthftung der Zollverantwortlichen

III. Zusammenfassung und offene Fragerunde

Das Seminar wendet sich an alle Mitarbeiter/-innen aus den Abteilungen Vertriebsinnendienst, Export- und Versandabwicklung sowie Fach- und Führungskräfte, die mit dem Auf- und dem Ausbau der Bereiche Zoll und Exportkontrolle sowie der täglichen Abwicklung betraut sind.

Zur Anmeldung geht es [hier](#).

Veranstaltungen / Unternehmerreisen

Deutsch-israelischer Wirtschaftsaustausch online, 4. April

Die Oldenburgische IHK lädt in Kooperation mit der AHK Israel am 04. April von 10:00 – 12:00 Uhr zu einem Online-Austausch mit israelischen Unternehmen zu den Themen Ernährungswirtschaft, KI-basierte Industrie 4.0 sowie Sensorik-Lösungen zur Echtzeit-Wartung und -Überwachung von Industrieanlagen.

Die fortschreitende Digitalisierung der Industrie profitiert maßgeblich vom internationalen Austausch. Dies gilt ebenso für innovative Schlüsselbereiche der Ernährungswirtschaft, KI-basierte Industrie 4.0 sowie Sensorik-Lösungen zur Echtzeit-Wartung und -Überwachung von Industrieanlagen. Gerade in diesem Kontext spielt Israel als international renommierte "Start-Up-Nation" eine herausragende Rolle.

In Zeiten, in denen persönliche Reisen nach Israel erschwert sind, wird mit diesem Onlineformat interessierten Unternehmen die Möglichkeit gegeben, sich mit den neuesten Entwicklungen in Israel vertraut zu machen. Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung finden Sie [hier](#).

Ländersprechtage Kanada online, 09. April

Die IHK für Ostfriesland und Papenburg bietet zusammen mit der Deutsch-Kanadischen Industrie- und Handelskammer (AHK) und IHKs in Niedersachsen interessierten Unternehmen individuelle Beratungsgespräche zu Vorhaben in Kanada an. Nadine Melcher, Department Manager Projects and Market Development bei der AHK in Toronto, informiert in 45-minütigen Einzelgesprächen über aktuelle Entwicklungen und Geschäftsperspektiven beim Markteintritt oder -ausbau. Die Gespräche sind kostenfrei und finden online als Videokonferenz über MS Teams statt. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie [hier](#).

Ländersprechtage Brasilien, 10. April

Mit Brasilien führt die IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum ihre Reihe von Ländersprechtagen zu spannenden Auslandsmärkten in diesem April fort. Am 10. April 2024 ab 08:00 Uhr wird Sie Herr Alessandro Colucci, Leiter des Bereichs Markteintritt und Business-Development der Auslandshandelskammer Brasilien in São Paulo neben einem Vortrag in unserem Außenwirtschaftsforum auch in Einzelgesprächen zur größten Volkswirtschaft Lateinamerikas beraten. Nach einem phänomenalen Wirtschaftswachstum zu Beginn der 2000er war es lange still geworden um das flächentechnisch fünftgrößte Land zwischen Amazonasregenwald und Iguazu-Wasserfällen. Heute sieht sich Brasilien als das Land, welches bis 2030 grünen Wasserstoff kostengünstiger als jedes andere Land dieser Welt produzieren möchte. Mit der erneuten Präsidentschaft von Luiz Inácio Lula da Silva haben internationale Unternehmer und Investoren zudem neue Hoffnungen geschöpft – obwohl langwierige Zollverfahren weiterhin hohe Hürden in dem Land darstellen. Wie können Sie die sich neu ergebenden Chancen dennoch optimal nutzen? Welche Möglichkeiten bietet Brasilien auch abseits der Bergbau- und Automobilbranche, unter anderem als Absatzmarkt? Hierzu informiert Sie Herr Colucci gerne im Rahmen eines Marktberatungsgesprächs, weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie [hier](#).

Delegationsreise nach Rumänien, 15. – 17. April

Die IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim und die IHK für Ostfriesland und Papenburg organisieren vom 15. bis zum 17. April eine Wirtschaftsdelegationsreise nach Rumänien. Besucht werden die Städte Sibiu und Timisoara in der Provinz Siebenbürgen. Die Reise soll insbesondere zu den Themen Nearshoring, Automotive und IT sowie Fachkräfte informieren und Chancen aufzeigen. Das Programm wird sowohl wirtschaftliche und politische Gespräche als auch Unternehmensbesuche beinhalten. Die Teilnehmer erhalten die Möglichkeit, unkompliziert einen Vor-Ort-Einblick in den rumänischen Markt zu bekommen und Kontakte zu knüpfen. Nahegelegen an den Grenzen zu Ungarn und Serbien, an die Autobahn A1 angeschlossen, mit internationalen Flughäfen und einem dichten Schienen- und Straßennetz, sind sowohl Sibiu als auch Timisoara wichtige Knotenpunkte für den internationalen Verkehr. Das wirtschaftliche Profil der Standorte ist geprägt durch zahlreiche Niederlassungen und Partner deutscher und österreichischer Unternehmen, unter anderem im Bereich der Automobil-, Metall- und Leichtindustrie. Ein weiterer Hauptzweig ist der IT-Sektor, der sich durch eine lebendige Start-up-Szene auszeichnet. Kurzum: Es lohnt sich eine nähere Betrachtung. Weitere Informationen zu der Reise, dem geplanten Reiseverlauf und die Möglichkeit zur Abgabe einer Interessenbekundung finden Sie auf der [Webseite der IHK für Ostfriesland und Papenburg](#).

Dritter Bremer Exportkontrolltag der HK Bremen, 18. April

Am 18. April 2024 findet im wohninvest Weserstadion der 3. Bremer Exportkontroll-Tag statt. Die Handelskammer Bremen - IHK für Bremen und Bremerhaven lädt interessierte Unternehmerinnen und Unternehmer herzlich dazu ein, kostenfrei an diesem Informationstag teilzunehmen. Ziel dieser Veranstaltung ist es, die Teilnehmer kontinuierlich über den aktuellen Stand der Exportkontrollvorschriften zu informieren und einen Ausblick auf zu erwartende Entwicklungen zu bieten. Besonderes Augenmerk liegt auf dem sensiblen Themenkomplex "Exportkontrolle & Sanktionen". Durch Fachvorträge und Diskussionen sollen die Sensibilität für diese Thematik geschärft und die Bedeutung fundierten Fachwissens betont werden. Der 3. Bremer Exportkontroll-Tag startet mit einem Impulsvortrag von Georg Pietsch, Leiter der Abteilung 2 beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Anschließend werden führende Experten aus der Industrie und Rechtsberatung sowie Vertreter von Unternehmen wie der Schaeffler AG und Sartorius über aktuelle Vorschriften, Auswirkungen des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine auf internationale Sanktionsregime sowie die zukünftige Ausrichtung der Exportkontrolle referieren. Die Veranstaltung ist für Sie kostenfrei, allerdings wird um vorherige Anmeldung gebeten, diese können Sie [hier](#) vornehmen.

Niedersächsischer Außenwirtschaftstag 2024, 24. April

Das Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung lädt am Mittwoch, den 24. April ab 15:00h in den ExpoWal, Chicago Lane 9, 30539 Hannover. Der 19. Niedersächsische Außenwirtschaftstag beschäftigt sich mit dem Thema: Zukunftsfähige Exportwirtschaft trotz zunehmender Handelsbarrieren, geopolitischer Risiken und einer schleppenden konjunkturellen Entwicklung: Voraussetzungen, Unterstützungsmöglichkeiten und Best-Practice-Beispiele. Herr Bernd Lange, Mitglied des Europäischen Parlaments, Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel (INTA) und Vorsitzender der Konferenz der Ausschussvorsitzenden (CCC) wird in einem Impulsvortrag zum Thema „Europäische Handelspolitik in herausfordernden Zeiten –

Perspektiven für Niedersachsen“ informieren. Weitere Informationen zum Programm und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie [hier](#).

Wirtschaftsdelegationsreise nach China mit dem niedersächsischen MP Stephan Weil, 26. Mai bis 1. Juni

Der Niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil wird mit einer Wirtschaftsdelegation China besuchen. Stationen der Reise werden Shanghai und die Partnerprovinz Anhui sein.

Die Delegationsreise erfolgt auf Einladung der Provinz Anhui anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der Partnerschaft zwischen Niedersachsen und Anhui. Grundsätzlich relevante Themen der Reise sind die Automobilwirtschaft, Umwelttechnologien sowie die berufliche Bildung. Das Programm wird vorrangig zu diesen Themen wirtschaftliche und politische Gespräche, Netzwerkveranstaltungen sowie Unternehmensbesuche vorsehen. Weitere Informationen zum Programmablauf sowie das Anmeldeformular finden Sie [hier](#). Eine Anmeldung ist bis zum 14. März möglich.

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Algerien: Einfuhrverbot für Marmor und Porzellan

Am 18. Januar 2024 hat die Vereinigung der Banken und Finanzinstitute (ABEF) algerische Banken angewiesen, keine Anträge auf die Domizilierung für Waren aus Porzellan oder Marmor in ihrer endgültigen Form anzunehmen. Dies bedeutet, dass algerische Banken keine Devisen für Importe von Porzellan- und Marmorprodukten bereitstellen sollen. Einfuhren mit einem FOB-Wert über 100.000 algerische Dinar (DA) können ohne diese Domizilierung nicht abgefertigt werden. Üblicherweise erfolgen Einfuhren über diesem Wert über zugelassene algerische Banken, nachdem der algerische Kunde ein Devisenkonto eröffnet und den gewünschten Betrag in Fremdwährung beantragt hat. Anschließend wird der Antrag von der Bank in Zusammenarbeit mit der Zollverwaltung und dem Finanzamt geprüft, bevor das Dokumentenakkreditiv oder das Dokumenteninkasso eröffnet wird.

Brasilien: Verlängerung des „Ex-Tarifário“-Regimes

Die Kammer für Außenhandel (Câmara de Comércio Exterior - CAMEX) in Brasilien hat das "Ex-tarifário" Regime für Kapitalgüter und IT-Produkte bis Ende 2025 verlängert. Dies bedeutet, dass Zollsenkungen auf null Prozent für zahlreiche Produkte des brasilianischen Zolltarifs bis zum 31. Dezember 2025 gelten. Zusätzlich wurden weitere Zollerleichterungen für Kapitalgüter und IT-Produkte mit den Resolutionen GECEX 564 und 565 vom 19. Februar 2024 beschlossen. Das "Ex-tarifário" Regime gewährt Zollerleichterungen für Kapitalgüter und IT-Produkte, die in Brasilien nicht hergestellt werden können. Die Liste der betroffenen Produkte wird regelmäßig aktualisiert. Anträge auf Zollsenkungen müssen vom Ministerium für Entwicklung, Industrie und Handel (Ministério do Desenvolvimento, Indústria e Comércio) genehmigt werden. Brasilien wendet den gemeinsamen Zolltarif des Mercosur an, sodass Tarifänderungen die Zustimmung aller Mercosur-Staaten erfordern. Brasilien erhielt jedoch mit der Entscheidung Mercosur/CMC/DEC. Nr. 08/21 vom 13. Dezember 2021 die Möglichkeit, bis zum 31. Dezember 2028 von dem gemeinsamen Zolltarif des Mercosur abzuweichen und andere Zollsätze für Kapitalgüter und IT-Produkte anzuwenden.

China: Veröffentlichung der 2024 anwendbaren Zollsätze

Die Zolltarifkommission des chinesischen Staatsrates hat die Zollsätze bekannt gegeben, die im Jahr 2024 aufgrund von Freihandelsabkommen (FHA) anzuwenden sind. China hat mit zahlreichen Ländern Freihandelsabkommen geschlossen. Dadurch ergeben sich verschiedene Einfuhrzollsätze, abhängig vom Ursprung der Waren. Die Zollsätze wurden in einer Tabelle veröffentlicht, welche Sie [hier](#) einsehen können.

China: Veröffentlichung der Ausfuhrlicenzen 2024

Das chinesische Wirtschaftsministerium MOFCOM hat eine Liste von 43 Warenarten veröffentlicht, die nur mit einer Ausfuhrlizenz aus China ausgeführt werden dürfen. Diese Waren umfassen Agrarerzeugnisse, Energieträger, Chemikalien, Rohstoffe wie seltene Erden und Fahrzeuge. Die Details zu den betroffenen Produkten sind in einer veröffentlichten Liste aufgeführt, die unter anderem die chinesische Zolltarifnummer und die Warenbezeichnung enthält. Anträge auf Erteilung solcher Lizenzen müssen vom Exporteur bei den örtlichen Niederlassungen des MOFCOM oder anderen zuständigen Behörden gestellt werden. Die gesamte Liste können Sie [hier](#) einsehen.

China. Veröffentlichung der Einfuhrlicenzen 2024

Das chinesische Wirtschaftsministerium MOFCOM hat mit Erlass Nr. 64 vom 29.12.2023 bekannt gegeben, dass bestimmte Waren bei der Einfuhr in die VR China Lizenzen erfordern. Zu den betroffenen Waren gehören Ozon abbauende Chemikalien, chemische Anlagen, Maschinen und Anlagen für verschiedene Branchen wie Eisenverhüttung, Baumaschinen, Elektrotechnik, Nahrungsmittel- und Verpackungsanlagen sowie Schiffe und medizinische Geräte. Details zu den betroffenen Produkten sind in einer veröffentlichten Liste enthalten, die unter anderem die chinesische Zolltarifnummer und die Warenbezeichnung umfasst. Anträge auf Erteilung solcher Lizenzen müssen vom Importeur bei den örtlichen Niederlassungen des MOFCOM gestellt werden. Die gesamte Liste können Sie [hier](#) einsehen.

China: Automatisierte Importlicenzen 2024

Das chinesische Wirtschaftsministerium MOFCOM hat eine Liste mit Waren veröffentlicht, für die bei der Einfuhr nach China Automatische Importlicenzen erforderlich sind. Die betroffenen Produkte umfassen landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Fleisch, Milch, Getreide und Tabak, sowie mineralische Produkte wie Erze, Kohle und Rohöl. Auch Maschinenbau- und Elektronikprodukte wie Werkzeugmaschinen, Elektro Stahl und mobile Kommunikationsgeräte erfordern diese Lizenzen. Die Liste beinhaltet chinesische Zolltarifnummern und Warenbezeichnungen. Anträge auf Automatische Importlicenzen müssen vom Importeur bei MOFCOM oder seinen lokalen Niederlassungen gestellt werden. Die vollständige Liste können Sie [hier](#) einsehen.

Dubai: Einfuhrbeschränkungen für Einwegprodukte

Das Emirat Dubai hat beschlossen, Einwegprodukte schrittweise vom Markt zu nehmen. Ab dem 1. Januar 2024 sind Einweg-Plastiktüten verboten. Weitere Einwegtüten aus anderen Materialien folgen am 1. Juni 2024. Ab dem 1. Januar 2025 werden Becher, Tischdecken und Strohhalme verboten sein, gefolgt von Plastikgeschirr, Besteck und anderen Einwegprodukten ein Jahr später. Produkte, die für den Re-Export bestimmt sind, sowie bestimmte Waren wie Mülltüten und Verpackungsmaterialien sind von diesem Verbot ausgenommen.

EU: Auslaufüberprüfung von Antidumpingmaßnahmen zu Gütern mit Ursprung in China

Die Europäische Kommission hat Auslaufüberprüfungen für Aluminiumheizkörper, Elektrofahrräder und Hebelmechaniken mit Ursprung in China eingeleitet. Diese Maßnahmen wurden eingeführt, um Dumpingpraktiken entgegenzuwirken und den europäischen Markt zu schützen. Für Aluminiumheizkörper und Elektrofahrräder wurden die Überprüfungen aufgrund angekündigter Außerkrafttretungen der bestehenden Maßnahmen eingeleitet. Beim Verband der europäischen Fahrradhersteller und dem Verband der Hersteller von Hebelmechaniken wurden die Anträge gestellt. Die Untersuchungen zielen darauf ab, die aktuellen Maßnahmen zu bewerten und gegebenenfalls anzupassen. Dabei werden unter anderem die betroffenen Produkte und Unternehmen, sowie ihre Einordnung in die Zolltarife, genauestens untersucht. Des Weiteren wurden einzelne Unternehmensumfirmierungen festgestellt, die jedoch keine Auswirkungen auf die geltenden Zollsätze haben. Zudem wurden für bestimmte Unternehmen die Antidumping- und Ausgleichszölle wieder eingeführt, wie beispielsweise für Giant Electric Vehicle Kunshan Co. Ltd. Insgesamt sollen diese Überprüfungen dazu beitragen, faire Wettbewerbsbedingungen auf dem europäischen Markt zu gewährleisten und die Interessen der beteiligten Parteien angemessen zu berücksichtigen.

EU: Einführung/Verlängerung von Antidumpingmaßnahmen für Wulstflachprofile/Glasfasergewebe

Die Europäische Kommission führt endgültige Antidumpingmaßnahmen für Wulstflachprofile mit Ursprung in China und der Türkei ein, die für fünf Jahre gelten. Der Antidumpingzoll beträgt 23 Prozent für China und 13,6 Prozent für die Türkei. Ebenfalls werden Antidumpingmaßnahmen für bestimmte offenmaschige Gewebe aus Glasfasern aus China, Indien, Indonesien, Malaysia, Taiwan und Thailand verlängert. Die Maßnahmen, die seit 2011 bestehen, wurden nach einer Auslaufüberprüfung im November 2022 erneut verlängert und gelten ebenfalls für fünf Jahre.

EU: Einreihungsentscheidung für Nisin und Luftreifen aus Kautschuk

Die Europäische Union hat zwei neue Einreihungsentscheidungen veröffentlicht: Eine Zubereitung aus Nisin, einem polyzyklischen Peptid, das mit Natriumchlorid vermischt ist und als Lebensmittelzusatzstoff zur Verhinderung des Bakterienwachstums verwendet wird, wird unter dem KN-Code 3824 99 96 in die Kombinierte Nomenklatur eingereiht. Neue Luftreifen aus Kautschuk mit spezifischen Merkmalen wie Größe, Bauart, Reifenbreite, Felgendurchmesser, Tragfähigkeitskennzahl und Geschwindigkeitsindex werden unter dem KN-Code 4011 20 10 in die Kombinierte Nomenklatur eingereiht. Diese Reifen werden in der Regel für Anhänger verwendet, können aber auch für Omnibusse oder Kraftfahrzeuge für den Warentransport genutzt werden.

EU: Fristverlängerung für die erste Abgabe des CBAM-Berichts

Die EU-Kommission hat bekannt gegeben, dass Unternehmen, die vom CBAM betroffen sind und technische Probleme bei der Erstellung ihres ersten Quartalsberichts haben, eine Fristverlängerung von 30 Tagen beantragen können. Die ursprüngliche Frist für die Einreichung der Berichte war der 31. Januar 2024. Die Beantragung der Fristverlängerung erfolgt über das CBAM-Übergangsregister, dessen Funktion am 1. Februar 2024 freigeschaltet wird. Unternehmen, die keine technischen Schwierigkeiten haben, müssen dennoch bis zum 31. Januar 2024 ihren Bericht einreichen. Es wird betont, dass Unternehmen, die Probleme bei der Berichterstellung haben, keine Sanktionen oder Nachteile befürchten müssen. Zusätzlich können die ersten drei CBAM-Berichte bis zum 31. Juli 2024 geändert und korrigiert werden.

EU: No-Russia-Klausel in Verkaufsverträgen

Der in der zum 18. Dezember 2023 geänderten [Verordnung \(EU\) 833/2014](#) neu erfasste Artikel 12g bedeutet für Ausführer bestimmter Güter, dass sie durch entsprechende Vertragsgestaltung mit dem Empfänger sicherstellen müssen, dass der Käufer die Güter nicht nach Russland weiterexportiert. Konkret sind Unternehmen somit verpflichtet, in ihren Verträgen eine Klausel aufzunehmen, die die Wiederausfuhr nach Russland und die Wiederausfuhr zur Verwendung in Russland vertraglich untersagt.

Wirksame Klauseln müssen derzeit beim Verkauf von folgenden Gütern und Technologien aufgenommen werden:

1. Güter und Technologien der Anhänge XI, XX, XXXV der Verordnung 833/2014
2. Gemeinsame Güter mit hoher Priorität gemäß der Liste in Anhang XL der Verordnung 833/2014
3. Feuerwaffen und Munition gemäß der Liste in [Anhang I der EU-Verordnung 258/201](#).

Diese Klauseln sind nicht notwendig, sofern der Verkauf in eines der in Anhang VIII der [Verordnung 833/2014](#) aufgeführten Partnerländer erfolgt. Stand heute sind dies:

- USA
- Japan
- Vereinigtes Königreich/Großbritannien
- Südkorea
- Australien
- Kanada
- Neuseeland
- Norwegen
- Schweiz

Die vertragliche Vereinbarung muss für den Fall eines Verstoßes „angemessene“ Abhilfemaßnahmen enthalten, die noch nicht näher spezifiziert sind.

Die EU-Kommission hat eine Musterklausel/Vorlage veröffentlicht, um Unternehmen die Vertragsanpassung zu erleichtern.

Die vollständigen FAQs inklusive der englischen Musterklausel (Punkt 6) finden Sie auf den Seiten der EU-Kommission unter [Frequently asked questions concerning the "No re-export to Russia" clause](#).

Weitere Informationen zum Thema finden Sie [hier](#).

Ghana: Steuer- und Zollmaßnahmen für 2024

Die Regierung Ghanas plant für 2024 verschiedene Steuer- und Zollmaßnahmen:

- Abschaffung der Einfuhrzölle auf Elektrofahrzeuge.
- Erhebung von Verbrauchsteuern auf Kunststoffverpackungen sowie Industrie- und Fahrzeugemissionen.
- Verlängerung des Nullsatzes für lokal hergestellte afrikanische Textildrucke und lokal montierte Fahrzeuge bis Ende 2025.
- Mehrwertsteuerbefreiung für Einfuhren von Rohstoffen für die pharmazeutische Industrie und lokal hergestellte Damenbinden.
- Befreiung von Einfuhrzöllen für Elektrobusse für den öffentlichen Personenverkehr, Rohstoffe für die lokale Herstellung von Damenbinden, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, die vor Ort nicht erhältlich sind, sowie für lokale Montagebetriebe von Elektrofahrzeugen.
- Investoren, die Elektrofahrzeuge vor Ort montieren, sollen von Zollbefreiungen für importierte Bausätze und vollständig gebaute Einheiten profitieren können.

- Überprüfung der umweltbezogenen Verbrauchsteuern mit der Absicht, diese auf Kunststoffverpackungen sowie Industrie- und Fahrzeugemissionen auszuweiten.

Marokko: Aufhebung einer Notwendigkeit der Einfuhrlizenz für Gebrauchsgüter

Die im November 2023 eingeführte Lizenzpflicht für die Einfuhr von gebrauchten Textilien, Möbeln und bestimmten Elektrogeräten in Marokko wurde am 2. Januar 2024 wieder aufgehoben. Zuvor hatte die marokkanische Zollverwaltung angekündigt, dass eine Einfuhrlizenz für Waren wie Teppiche, Holzmöbel, Bettwaren und Haushaltsgeräte erforderlich sei. Diese Maßnahme wurde jedoch mit einem neuen Rundschreiben rückgängig gemacht. Interessanterweise erstreckte sich die ursprüngliche Regelung auch auf andere Artikel wie chemische Erzeugnisse, bestimmte Abfälle, Schutzmasken, Motoren für Wasserfahrzeuge und Drohnen.

Sambia: Veröffentlichung der jährlichen Zoll- und Steueränderungen

Sambia hat für das Jahr 2024 eine Reihe von Zoll- und Steueränderungen angekündigt, die darauf abzielen, Investitionen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen zu fördern und das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Diese Änderungen, die am 1. Januar 2024 in Kraft traten, umfassen sowohl Verbrauchsteuern als auch Einfuhrzölle. Hinsichtlich der Verbrauchsteuer wurden mehrere Anpassungen vorgenommen. Zum Beispiel wurde die Verbrauchsteuer auf Hybridfahrzeuge für die Personenbeförderung von 30 auf 25 Prozent gesenkt, während die Verbrauchsteuer auf lokal hergestelltes klares Bier um 50 Prozent reduziert wurde, um kleinere Bierhersteller zu unterstützen. Gleichzeitig wurden jedoch die Verbrauchsteuern auf alkoholfreie Getränke und Tabakwaren erhöht. Zudem wurde eine Verbrauchsteuer von 5 Prozent auf bestimmte feste Brennstoffe, die aus Kohle hergestellt werden, eingeführt. Eine weitere Änderung betrifft die Bewertungsmethode für die Verbrauchsteuer auf alkoholische Getränke, die nun auf Grundlage des Marktpreises ermittelt wird. Im Bereich der Einfuhrzölle wurden ebenfalls verschiedene Anpassungen vorgenommen. Dazu gehört die zeitweise Befreiung von Einfuhrzöllen für verschiedene Waren, darunter vollständig zerlegte Motorräder und Dreiräder, Elektrofahrzeuge und Zubehör, Maschinen für geothermische Energieaktivitäten, Waggonen, Lokomotiven und Güter für die Erdölsuche. Des Weiteren wurde die Zollbefreiung für ausgewählte Medien-, Film- und Musikgeräte fortgesetzt, um die Film- und Medienindustrie zu schützen. Allerdings wurden die Einfuhrzölle für elektrische Schalttafeln angehoben, um die lokale Industrie zu schützen. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, die wirtschaftliche Aktivität anzukurbeln und die Entwicklung in verschiedenen Sektoren zu fördern.

Südafrika: Umsetzung der afrikanischen Freihandelszone

Am 31. Januar 2024 wird Südafrika den Handel im Rahmen der African Continental Free Trade Area (AfCFTA) aufnehmen, was bedeutet, dass präferenzbegünstigter Handel stattfinden wird. Diese Änderungen gehen mit Anpassungen im Zollgesetz einher, die zum genannten Datum in Kraft treten. Unter anderem werden verschiedene Tarifunterpositionen im Anhang Nr. 1 des Zoll- und Verbrauchsteuergesetzes von 1964 ersetzt, um die Zollsatzänderungen gemäß der AfCFTA umzusetzen. Zusätzlich werden Anmerkungen ergänzt und Anlage IV zu Anhang 2 über Ursprungsregeln ersetzt, um die entsprechenden Regelungen der AfCFTA zu integrieren. Weitere Details zu den Änderungen sind in den Mitteilungen der südafrikanischen Zoll- und Steuerbehörde SARS verfügbar.

Tunesien: Änderung der Einfuhrabgaben aufgrund eines neuen Finanzgesetzes

Das tunesische Finanzgesetz für 2024 bringt verschiedene Änderungen der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben mit sich. Unter anderem werden die Zölle für Solarkollektoren erhöht, während Heu und Silage zollbefreit werden. Für Trockenfrüchte wird der Zollsatz gesenkt, während gemahlene Nüsse höhere Zölle erhalten. Zusätzlich werden vorübergehend höhere Zölle auf bestimmte Produkte mit Ursprung in der Türkei erhoben. Im Bereich der Umsatzsteuer werden glutenfreie Nahrungsmittel von dieser Steuer befreit, und die Umsatzsteuer für Elektroautos und -motorräder wird von 19 auf 7 Prozent gesenkt. Weitere Maßnahmen umfassen die Erhöhung der Zollabfertigungsgebühr sowie die Senkung der Exportsteuern für Sand, Marmor und andere Natursteine. Zudem wird eine neue Steuer für Milchderivate eingeführt, wobei verschiedene Produkte unterschiedliche Steuersätze haben.

Vereinigte Staaten: Antidumpingzölle auf deutsche Zinnwalzprodukte aufgehoben

Im Antidumpingverfahren gegen deutsche Zinnwalzprodukte haben sowohl das Handelsministerium als auch die International Trade Commission (ITC) ihre endgültigen Entscheidungen bekannt gegeben. Während das Handelsministerium zunächst eine erhebliche Schädigung der US-Hersteller festgestellt hatte und vorläufige Dumpingzölle festlegte, fiel die Entscheidung der ITC negativ aus. Somit werden die vorläufigen Antidumpingzölle auf deutsche Zinnwalzprodukte aufgehoben. Die Zollbehörde CBP wird alle Barsicherheiten erstatten und keine weiteren Antidumpingzölle erheben. Die Zinnwalzprodukte, die Gegenstand dieses Verfahrens waren, sind flachgewalzte Erzeugnisse mit Zinn-, Chrom- oder Chromoxidbeschichtungen gemäß bestimmter Positionen des US-Zolltarifs.

WTO: Ministerialerklärung zur Kunststoffverschmutzung

Die WTO-Umweltinitiative hat bedeutende Fortschritte erzielt, indem sich die 76 Teilnehmer auf eine überarbeitete Ministererklärung geeinigt haben. Diese überarbeitete Erklärung wird voraussichtlich Ende Februar auf der 13. Ministerkonferenz (MC13) veröffentlicht werden. Die Initiative zielt darauf ab, das weltweite Handelsverständnis für Kunststoffe zu verbessern, die Kunststoffverschmutzung zu reduzieren und einen nachhaltigen und umweltverträglichen Kunststoffhandel zu fördern. Die überarbeitete Ministererklärung umfasst rund 600 Kommentare von mehr als 50 Mitgliedern und betont die Zusammenarbeit zwischen dem Dialog und anderen internationalen Prozessen. Sie enthält auch Klarstellungen zu bestimmten Formulierungen, um fehlerhafte Interpretationen zu vermeiden. Die Teilnehmer des Informal Dialogue on Plastics Pollution and Environmentally Sustainable Plastics Trade (IDP) sind der Ansicht, dass der Text ausgewogen ist und konkrete, pragmatische und effektive Ergebnisse auf der MC13 fördern wird. Die Aktivitäten des letzten Jahres, darunter technische Diskussionen, Workshops und Umfragen, bildeten die Grundlage für eine Faktenzusammenstellung, die ebenfalls auf der MC13 veröffentlicht werden soll. Diese Zusammenstellung wird als "living document" anerkannt, was bedeutet, dass sie nicht statisch ist, sondern kontinuierlich aktualisiert wird. Die Initiative besteht derzeit aus 76 WTO-Mitgliedern und wurde im November 2020 ins Leben gerufen.

Ländernotizen

China: Nachhaltigkeitsaspekt verändert Kooperation mit Deutschland

Peking (GTAI) - Die deutsch-chinesischen Investitionen orientieren sich zunehmend an Nachhaltigkeitsaspekten, da sowohl Deutschland als auch China eine klimafreundlichere Produktion anstreben. Trotz geopolitischer Spannungen bleiben deutsche Unternehmen dem chinesischen Markt treu und planen sogar, ihre Investitionen vor Ort zu erhöhen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Großunternehmen wie Volkswagen, BMW, Daimler und BASF investieren Milliardenbeträge in China, wobei BASF beispielsweise ein Verbundprojekt in Zhanjiang plant, das zur Dekarbonisierung beitragen soll. Chinesische Firmen ihrerseits investieren verstärkt in E-Mobilität, Batterieherstellung und Batterierecycling in Deutschland, um von europäischen Märkten zu profitieren und gleichzeitig den Klimazielen gerecht zu werden. Die Einführung von Nachhaltigkeitsgesetzen wie dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und dem Cross Border Adjustment Mechanism (CBAM) in der EU treibt diesen Trend weiter voran.

Deutschland: Exportinitiative Gesundheitswirtschaft unterstützt Exportgeschäft

Berlin (GTAI) - Die Exportinitiative Gesundheitswirtschaft der Bundesregierung unterstützt deutsche Unternehmen dabei, neue Exportmärkte zu erschließen und im Ausland erfolgreich zu agieren. Sie bietet kostenlose Marktinformationen wie Marktstudien, Berichte zum Marktzugang und Ausschreibungsinformationen sowie gezielte Marketingaktivitäten auf internationalen Leitmesse und Konferenzen. Durch die Schaffung von Netzwerken mit internationalen Partnern und Entscheidungsträgern erleichtert sie deutschen Unternehmen den Zugang zu lokalen Märkten. Die Initiative basiert auf der Marke "HEALTH MADE IN GERMANY" und bietet deutschen Unternehmen die Möglichkeit, das entsprechende Logo zu nutzen. Sie bietet auch Unterstützung bei der Geschäftspartnersuche im Ausland, betreibt eine Onlinedatenbank deutscher Unternehmen der Gesundheitswirtschaft und arbeitet mit Fachverbänden und politischen Entscheidungsträgern zusammen, um deutschen Unternehmen einen erfolgreichen Markteintritt und -ausbau im Ausland zu ermöglichen.

Deutschland: Exporte nach Afrika auf Rekordniveau

Berlin (GTAI) - Die deutschen Exporte nach Afrika erreichten im Jahr 2023 einen Rekordwert von 61,2 Milliarden Euro, wobei die Ausfuhren um 8,3 Prozent stiegen und die Importe um 4,9 Prozent zurückgingen. Eine starke Zunahme verzeichneten die Exporte nach Nordafrika, insbesondere nach Ägypten, Algerien und Marokko, während die Exporte nach Südafrika stagnierten. Auch die Ausfuhren nach West- und Ostafrika verzeichneten nur geringfügiges Wachstum. Im Gegensatz dazu gingen die deutschen Importe aus Afrika um 4,9 Prozent auf 32,6 Milliarden Euro zurück, hauptsächlich aufgrund gesunkener Rohstoffpreise. Südafrika, Libyen und Nigeria waren die Hauptlieferanten von Importgütern nach Deutschland.

EU: 10 Milliarden Euro für Transportinfrastruktur in Zentralasien

Brüssel (GTAI) - Die Europäische Union und internationale Finanzinstitutionen haben zugesagt, 10 Milliarden Euro für nachhaltige Verkehrsnetze in Zentralasien bereitzustellen. Diese Entscheidung folgt auf ein Investorenforum für Transportkonnektivität zwischen der EU und Zentralasien, das Teil der europäischen Infrastrukturinitiative Global Gateway war.

Die Mittel sollen kurzfristig durch Zuschüsse und Investitions Garantien mobilisiert werden. Das Forum, das auf Empfehlungen einer EU-Transportstudie basierte, zog rund 500 Gäste an und markierte ein gestiegenes europäisches Interesse an Zentralasien. Die EU plant eine Reihe von Maßnahmen, darunter Investitionen in Verkehrsinfrastruktur durch die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Schaffung einer Koordinierungsplattform und die Einführung hochrangiger Berater in den Verkehrsministerien der zentralasiatischen Länder.

Indien: Land plant Steigerung der Infrastrukturausgaben um 11 Prozent

Neu-Dehli (GTAI) - Die indische Regierung plant, die Infrastrukturausgaben um 11 Prozent zu erhöhen, mit einem Schwerpunkt auf grüne Projekte. Der Zwischenhaushalt zeigt eine geplante Steigerung auf rund 134 Milliarden US-Dollar für das Finanzjahr 2024/2025. Diese Investitionen sollen Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaft ankurbeln. Es gibt auch Ankündigungen für Investitionen in grüne Energieprojekte wie Solar- und Windenergie sowie Elektromobilität. Trotz eines geplanten Fiskaldefizits von 5,1 Prozent des BIP signalisiert die Regierung eine Stärkung der Fiskaldisziplin und strebt langfristig ein Defizit unter 4,5 Prozent an, was positiv bewertet wird.

Indonesien: Deutsche Exporte um 14,3 Prozent gestiegen

Jakarta (GTAI) - Deutschlands Exporte nach Indonesien stiegen 2023 um 14,3 Prozent auf 3,7 Milliarden US-Dollar, vor allem in den Bereichen Maschinen und Kfz. Indonesien plant, ausländische Investitionen anzuziehen und die lokale Industrie zu stärken, was langfristig einen erhöhten Bedarf an Investitionsgütern wie Maschinen bedeutet. Interessanterweise verzeichnete Indonesien 2023 einen Anstieg der Importe aus Deutschland und Europa, während Importe aus Asien zurückgingen. Dies steht im Gegensatz zu früheren Trends und könnte eine mögliche Trendwende darstellen. Allerdings gibt es Widersprüche zwischen den deutschen und indonesischen Außenhandelsstatistiken, was auf unterschiedliche Erhebungsmethoden hinweist.

Israel: Krieg beeinträchtigt Hafenwirtschaft

Jerusalem (GTAI) - Der anhaltende Konflikt belastet Israels Hafenwirtschaft erheblich. Die Behinderungen der Handelsschifffahrt im Roten Meer durch jemenitische Huthi-Rebellen zwingen führende Reedereien, ihre Seerouten zu ändern. Dies führt zu einem starken Rückgang der Aktivitäten in Häfen wie Eilat, während Mittelmeerhäfen wie Ashdod und Haifa ebenfalls betroffen sind. Der Rückgang des Hub-Geschäfts verschärft die Situation zusätzlich. Die Prognosen eines schnellen Wachstums wurden bisher nicht erfüllt, und die Erholungsaussichten bleiben unklar. Die Störungen der Lieferketten führen zu höheren Frachtkosten im Fernosthandel, was zu Preissteigerungen auf dem Binnenmarkt und zur Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der israelischen Industrie führt.

Israel: Ratingagentur Moody's stuft Kreditwürdigkeit des Landes herab

Jerusalem (GTAI) - Die Kreditwürdigkeit Israels wurde erstmals in der Geschichte des Landes von der führenden Ratingagentur Moody's herabgestuft, von A1 auf A2. Diese Entscheidung erfolgte aufgrund des Gaza-Konflikts und der daraus resultierenden politischen Instabilität. Obwohl Moody's die israelische Wirtschaft als diversifiziert und widerstandsfähig einschätzt, warnt sie vor politischen Risiken und einer potenziellen Eskalation der Konflikte. Die Herabstufung hat sowohl politische als auch wirtschaftliche Implikationen, wird jedoch nicht als unmittelbare Bedrohung für Israels Zahlungsfähigkeit angesehen.

Japan: Außenhandel im leichten Wachstum

Tokio (GTAI) - Der Japan Foreign Trade Council (JFTC) prognostiziert für das Fiskaljahr 2024 ein leichtes Wachstum des japanischen Außenhandels um 0,2 Prozent. Dabei sollen vor allem Schiffe, Maschinen und elektronische Bauteile die Exporte antreiben. Deutsche Unternehmen könnten von dieser Entwicklung profitieren, insbesondere durch Lieferungen von Halbleiter- und Displayausrüstungen. Im Kalenderjahr 2023 verzeichnete Japan gestiegene Ausfuhren von Pkw, unterstützt durch die Normalisierung der Lieferketten und den günstigen Yen. Die Importe sanken leicht aufgrund geringerer Ausgaben für Rohstoffe. Deutschland bleibt Japans drittgrößter Handelspartner außerhalb Europas. Im Jahr 2023 wuchs der deutsche Export nach Japan vor allem in den Bereichen Kfz, chemische Erzeugnisse, Maschinen und Halbleiter. Die deutschen Einfuhren aus Japan stiegen vor allem bei Kfz und Kfz-Teilen.

Libanon: Politische und wirtschaftliche Neuausrichtung des Landes unklar

Beirut (GTAI) - Der Libanon befindet sich in einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Krise, gekennzeichnet durch ein Vakuum in der Führung des Landes. Die Möglichkeit einer Neuordnung hängt stark von der Entwicklung der Spannungen mit Israel ab. Trotz des anhaltenden Chaos haben sich die Libanesen an die schwierigen Umstände angepasst, und es gibt erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Stabilisierung. Jedoch stehen bedeutende Projekte wie der Wiederaufbau des Hafens von Beirut und die Suche nach Erdgasvorkommen vor ungewissen Zukunftsaussichten. Der Libanon strebt den Ausbau seiner Produktionskapazitäten an und strebt Handelsbeziehungen mit Syrien an, um seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Deutsche Exporte, insbesondere von Maschinen und Anlagen, bleiben trotz der Krise vergleichsweise stabil, da sie für den Wiederaufbau des Landes von entscheidender Bedeutung sind.

Marokko: Ausbau der Luft- und Raumfahrtindustrie

Marrakesch (GTAI) - Die Luft- und Raumfahrtindustrie in Marokko erlebt einen signifikanten Aufschwung, wobei der jährliche Exportwert der Branche zwischen 2020 und 2023 von 1,3 Milliarden auf über 2 Milliarden Euro gestiegen ist. Marokko hat sich als exportorientierter Produktionsstandort für Teile und Komponenten sowie für die Wartung und Instandsetzung von Triebwerken etabliert. Die Regierung strebt eine Erhöhung der Wertschöpfung vor Ort durch ein "best value" Konzept an, das auch kostengünstige Forschungs- und Entwicklungsarbeiten einschließt. Französische Unternehmen, angeführt von Safran und Airbus, spielen eine führende Rolle in der Entwicklung der Branche und haben in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen die lokale Wertschöpfung gesteigert. Trotz des starken französischen Einflusses gibt es auch Investoren aus anderen Ländern wie den USA, Kanada und Spanien, die einen Beitrag zur Branche leisten. Für deutsche Hersteller von Investitionsgütern eröffnen sich gute Absatzchancen in der marokkanischen Luft- und Raumfahrtindustrie, insbesondere im Bereich hochleistungsfähiger Maschinen und Anlagen sowie in der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie.

Polen: Expansionskurs der Seehäfen an der Ostsee

Warschau (GTAI) - Die Seehäfen in Polen, insbesondere entlang der Ostseeküste, erleben eine Phase der Expansion und erwarten weiterhin Zuwächse im Güterumschlag. Projekte zur Erweiterung der Kapazitäten konzentrieren sich auf verschiedene Bereiche wie Brennstoffe, Offshore-Windparks, Container und Schüttgut.

Dieser Expansionskurs wird sowohl durch das anhaltende Wachstum im internationalen Handel als auch durch Veränderungen in den Lieferketten infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine beeinflusst. Polnische Hafenbetreiber investieren in die Modernisierung und den Ausbau ihrer Infrastruktur, was auch deutschen Unternehmen Zulieferchancen bietet. Projekte wie der Bau von LNG-Terminals, Installationsterminals für Offshore-Windkraft und Containerterminals sind Teil dieser Entwicklungen. Darüber hinaus werden neue Agrarterminals geschaffen, um die steigende Nachfrage nach Agrargütern zu bedienen. Der Hafen Gdańsk verzeichnet dabei das größte Wachstum im Güterumschlag und festigt seine Position als führender polnischer Seehafen.

Saudi-Arabien: Land plant Privatisierung des Abwassersektors

Riad (GTAI) - Saudi-Arabien plant die Privatisierung des Abwassersektors, da eine deutliche Modernisierung und Erweiterung notwendig sind. Private Unternehmen sollen neue Klärwerke bauen und bestehende Anlagen modernisieren, um das Ziel einer Klärung von 95 bis 100 Prozent des Abwassers bis 2030 zu erreichen. Aktuell wird nur etwa die Hälfte des Abwassers im Königreich geklärt. Die Regierung plant daher den Bau neuer Klärwerke und die Erweiterung bestehender Anlagen. Es sind Projekte im Wert von rund 9 Milliarden US-Dollar im Bau oder in Planung. Private Investoren sollen verstärkt in den Ausbau des Abwassersektors einbezogen werden, wobei staatliche Organisationen häufig an den Projekten beteiligt sind. Die Saudi Water Partnerships Company (SWPC) vergibt Kläranlagenprojekte im Rahmen von privat-öffentlichen Partnerschaften (PPP). Bislang wurden zwei solcher Projekte fertiggestellt, während weitere in der Bauphase sind. Die National Water Company (NWC) ist der größte Betreiber von Kläranlagen und plant, bestehende Anlagen an private Betreiber zu vergeben. Diese sollen auch für die Modernisierung und Instandhaltung verantwortlich sein. Bislang wurden Verträge für die Modernisierung von vier Kläranlagen unterzeichnet.

Türkei: Restriktivere Geldpolitik zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise

Ankara (GTAI) - Die Türkei setzt auf eine restriktivere Geldpolitik, um wirtschaftliche Herausforderungen anzugehen. Nach einer Serie von Leitzinserhöhungen und einem Kurswechsel in der Finanzpolitik strebt das Land an, die Inflation zu bekämpfen und die Investitionen anzukurbeln. Allerdings bleiben die Auswirkungen dieser Maßnahmen abzuwarten, während neue Turbulenzen durch den Rücktritt der Zentralbank-Gouverneurin entstehen könnten. Trotz der schwachen Lira und hoher Inflation stagnieren die Exporte, während die steigenden Kosten die Haushalte belasten. Kleine und mittelständische Unternehmen sehen sich mit Finanzierungsproblemen konfrontiert und ausländische Investoren bleiben skeptisch. Die bevorstehenden Kommunalwahlen könnten weitere Unsicherheiten bringen, während Deutschland trotz der herausfordernden Bedingungen gute Geschäfte in der Türkei verzeichnet.

USA: Ausbau der LNG-Exportinfrastruktur

Washington D.C. (GTAI) - Die USA und Mexiko planen den Ausbau ihrer LNG-Exportinfrastruktur, um der steigenden weltweiten Nachfrage nach Gas gerecht zu werden. Obwohl US-Präsident Joe Biden Exportgenehmigungen gestoppt hat, sollen die Gasausfuhren dennoch deutlich steigen. In den USA werden Exportterminals am Golf von Mexiko errichtet, während in Mexiko neue Gasterminals geplant sind. US-Gas soll über Mexiko nach Asien und Europa geliefert werden, wobei mehrere große LNG-Projekte, wie das Saguario Energía-Terminal, geplant sind. Trotz der vorübergehenden Unsicherheit in der Branche wird erwartet, dass die Gasausfuhren steigen und die USA weiterhin eine bedeutende Rolle im globalen LNG-Markt spielen werden.

Usbekistan: Investitionen in den Textilsektor

Taschkent (GTAI) - Usbekistan plant bis 2030 Investitionen von über 4 Milliarden US-Dollar in die Textil- und Bekleidungsindustrie, wobei die Hälfte für Technologieimporte vorgesehen ist. Ziel ist es, die Wertschöpfungsketten zu stärken und die Exporte zu erhöhen. Deutsche Banken spielen eine wichtige Rolle bei der Finanzierung. Die Strategie umfasst 340 Projekte, die auf die Verarbeitung von Baumwollgarn im Inland abzielen. Bis 2030 sollen die Produktion von synthetischen Fasern und hochwertigen Stoffen gesteigert sowie das Exportpotenzial auf 10 Milliarden US-Dollar erhöht werden, wobei Markenprodukte einen Schwerpunkt bilden.

Die usbekische Textilbranche strebt nach internationalen Standards und Zertifikaten, um ihre Produkte zu verbessern und die Exportchancen zu erhöhen. Staatliche Fördermaßnahmen unterstützen Unternehmen dabei. Trotz positiver Entwicklungen stehen der Branche Herausforderungen bevor, darunter Markttransparenz, Überregulierung und ein Mangel an Fachkräften.

Vereinigte Arabische Emirate: Wirtschaftsplan zur Verdopplung des Wachstums in Dubai

Dubai (GTAI) - Dubai hat eine ehrgeizige D33-Strategie vorgestellt, um seine Wirtschaftsleistung innerhalb von zehn Jahren zu verdoppeln. Die Reformen umfassen die Liberalisierung von Immobilienbesitz für Ausländer und die Einführung von Langzeitvisa, um Investitionen zu fördern. Ziel ist es, führender Global Player im internationalen Handel zu werden und den Außenhandel auf 7 Billionen US-Dollar zu steigern. Das Emirat plant außerdem das Projekt "Dubai Economic Corridors 2033", um den Handel mit Afrika, Lateinamerika und Südostasien auszuweiten. Deutsche Unternehmen werden besonders im Bereich Stadtplanung und Bauwirtschaft gefragt sein, da sie Expertise in grünen Technologien bieten. Die Strategie unterstützt auch Start-ups und Bildungseinrichtungen, um Innovationen in Bereichen wie Digitalisierung und erneuerbare Energien zu fördern. Deutsche Start-ups erhalten Zugang zu einem umfangreichen Netzwerk, und die University of Europe for Applied Sciences eröffnet einen Campus in Dubai, um deutsche Hochschulbildung anzubieten.

Veröffentlichungen

Jahresbericht der GTAI zum Fortschritt der chinesischen Belt and Road Initiative

Der Jahresreport 2023 der GTAI zeigt zwei wichtige Trends in Chinas Belt and Road Initiative (BRI) auf. Zehn Jahre nach ihrem Start hat sich das Gesicht der Initiative verändert, wobei Zentral- und Südostasien den stärksten Zuwachs an BRI-Projekten verzeichnen. In Zentralasien liegt der Fokus auf erneuerbaren Energien und dem Ausbau von Eisenbahnverbindungen. Südostasien verzeichnete einen Anstieg von fast einem Viertel an BRI-Projekten, darunter zahlreiche Kleinprojekte und Investitionen in die Automobil- und Elektronikfertigung. In Afrika festigen Großprojekte die strategische Partnerschaft mit Ägypten und Russland. Ägypten erhält bedeutende Investitionen in grüne Wasserstoff- und Ammoniakproduktion sowie in ein Wasserkraftwerk und eine Düngerfabrik. In Russland wurden Ausschreibungen für den Bau von Methanolfabriken vergeben. Die Branchenvielfalt prägt die neue BRI, wobei Energie, Transport und Verkehr sowie Industrie und Bergbau führend sind.

Die Initiative konzentriert sich zunehmend auf kleinere und nachhaltigere Projekte verschiedener Branchen und orientiert sich verstärkt an internationalen Standards. Den gesamten Bericht können Sie [hier](#) einsehen.

Verschiedenes

Förderprogramm ImpactConnect für Engagement in Schwellen- und Entwicklungsländern

Das Förderprogramm ImpactConnect unterstützt etablierte deutsche und europäische Unternehmen mit attraktiven Darlehen (i.d.R. unbesichert) bei ihren Investitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern. ImpactConnect wird aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert und von der DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft) umgesetzt. Seit dem Start des Programms im Jahr 2019 lag der Fokus auf Afrika. Aufgrund des großen Erfolgs (seit 2019 > 60 Finanzierungen) wurde das Programm nun global ausgeweitet und steht seit Beginn 2024 Tochtergesellschaften von etablierten deutschen Unternehmen in allen afrikanischen Ländern sowie den [BMZ-Partnerländern](#) in Amerika, Asien (ohne China) und Europa zur Verfügung. Unternehmen mit besonders starkem entwicklungspolitischem Mehrwert, insbesondere in den Bereichen bessere Arbeitsplätze, wirtschaftliche Stärkung von Frauen, faire und umweltbewusste Lieferketten und die Reduzierung des CO₂-Fußabdrucks werden mit Zinsreduktionen von bis zu 200 Basispunkten unterstützt. Diese und weitere Informationen finden Sie auf dieser [Website](#). Bei Interesse an einer Teilnahme können Sie sich gerne an [Frau Bianca Untied, Business Scout for Development Bremen und Niedersachsen](#), wenden.

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer Braunschweig
Fachbereich Außenwirtschaft
Brabandtstraße 11
38100 Braunschweig

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt in einer Gemeinschaftsproduktion mit anderen IHKs zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.

Tagesaktuelle Veranstaltungsinformationen finden Sie unter:

www.ihk.de/braunschweig

Ansprechpartnerin der Industrie- und Handelskammer Braunschweig:

Doreen Weisheit	Tel.: 0531 4715-256
	E-Mail: doreen.weisheit@braunschweig.ihk.de
Timo Prange	Tel.: 0531 4715-271
	E-Mail: timo.prange@braunschweig.ihk.de